

Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen

Silicon Saxony e. V.

- (2) Der Sitz des Vereins ist Dresden.
(3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

- (1) Zweck des Vereins ist die gezielte Bündelung von Erfahrungen und Know-how zur Unterstützung der in dem Verein zusammengeschlossenen Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Halbleiter-, Photovoltaik-, Elektronik- und Softwarebranche und deren Ausrüster und Zulieferer mit dem Ziel der weiteren nachhaltigen Entwicklung der Region Sachsen zu einem weltweit anerkannten Industriestandort in den aufgezeigten Bereichen.

Der Verein hat insbesondere gegenüber seinen Mitgliedern folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Vermittlung von regionalen, überregionalen und internationalen Unternehmens- und Forschungsk Kooperationen
- Vermittlung von Beratung für Unternehmens- und Existenzgründer* in der Halbleiter-, Photovoltaik-, Elektronik- und Softwarebranche, Vermittlung von Kapitalgebern
- Bündelung von Erfahrungen und Know-how sowie Aufbau einer für die Mitglieder nutzbaren Informations- und Kommunikationsplattform für die im Verein vertretenen Industrien
- regionale und überregionale Repräsentation des Vereins und der durch ihn vertretenen Industrien
- Unterstützung der Mitglieder bei der Erarbeitung gemeinsamer Vertriebsstrategien

- Beratung bei Finanzierungs- und Fördermittelprojekten
 - Bündelung von Interessen der Mitglieder und Einbindung der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger
 - Kooperation mit anderen Interessenvereinigungen und Netzwerken aus der Hochtechnologiebranche
 - Unterstützung von Forschung, Lehre, Ausbildung und Weiterbildung
- (2) Der Verein gewährt den Mitgliedern im Rahmen seiner Möglichkeiten Unterstützung und Beratung. Er wird nicht überwiegend wirtschaftlich tätig.
- (3) Der Verein ist darüber hinaus zu sämtlichen Maßnahmen befugt, die geeignet sind, den Vereinszweck zu fördern.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Dem Verein können als ordentliche Mitglieder natürliche und juristische Personen sowie Personenvereinigungen angehören, die Unternehmen auf dem Bereich der Hochtechnologie, insbesondere in der Halbleiter-, Photovoltaik-, Elektronik- und Softwarebranche, sowie deren Ausrüster- und Zulieferbranchen betreiben, die in Forschung und Entwicklung auf dem Bereich der Hochtechnologie tätig sind, die spezifische Zuliefer- oder Serviceleistungen für die Hochtechnologiebranche erbringen.
- (2) Dem Verein können darüber hinaus Fördermitglieder angehören. Sie müssen die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht erfüllen.
- (3) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet das Präsidium.
- (4) Der Antrag auf Aufnahme muss schriftlich gestellt werden. In dem Antrag ist anzugeben, ob der Antragsteller dem Verein als ordentliches oder als förderndes Mitglied beitreten will. Die Entscheidung über die Aufnahme wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt. Das Präsidium ist nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe einer Ablehnung mitzuteilen.
- (5) Personen, die sich besonders für den Verein und dessen Belange verdient gemacht haben, kann die Mitgliederversammlung auf Antrag des Vorstandes die Ehrenmitgliedschaft verleihen. Ehrenmitglieder sind von Mitgliederumlagen und Gebühren befreit und können an allen Veranstaltungen des Vereins teilnehmen.

- (6) Die Mitgliedschaft endet:
- a. durch Austritt, der schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden muss. Auf Ziffer 7 der Beitragsordnung wird verwiesen;
 - b. bei Vorliegen eines wichtigen Grundes durch förmliche Ausschließung, die eines Beschlusses der Mitgliederversammlung bedarf;
 - c. durch Ausschließung, die ohne Beschluss der Mitgliederversammlung durch das Präsidium ausgesprochen werden kann, wenn für mindestens zwei Jahre die Beiträge nicht entrichtet worden sind;
 - d. bei juristischen Personen und Personenvereinigungen durch Erlöschen und durch Eröffnung eines Insolvenzverfahrens;
 - e. bei natürlichen Personen durch den Tod.

Beim Ausscheiden aus dem Verein hat ein Mitglied keine Ansprüche hinsichtlich des Vereinsvermögens.

- (7) Auf Beschluss des Vorstands kann die Mitgliedschaft eines Mitglieds für 12 Monate ruhen.
- (8) Juristische Personen, Personengesellschaften und Personenvereinigungen können ihre Mitgliedschaftsrechte durch einen schriftlich bestellten Vertreter wahrnehmen. Dies gilt insbesondere für die Teilnahme an Mitgliederversammlungen und für die Ausübung des Stimmrechts.

§ 4 Beiträge und sonstige Mittel

- (1) Die zur Erfüllung des Vereinszweckes erforderlichen Mittel werden aufgebracht:
- durch Mitgliedsbeiträge,
 - durch freiwillige Sonderbeiträge und andere Zuwendungen,
 - durch Zuschüsse,
 - durch Entgelte für Leistungen des Vereines für Mitglieder oder Dritte.

- (2) Die Höhe und Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge wird durch die Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegt, die der Zustimmung von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen bedarf.
- (3) Bei der Geschäftsplanung dürfen Zuschüsse, freiwillige Sonderbeiträge und andere Zuwendungen nur insoweit berücksichtigt werden, als sie bereits eingegangen oder bindend zugesagt sind.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- das Präsidium
- der Vorstand
- der Beirat

§ 6 Einberufung und Durchführung von Mitgliederversammlungen

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn mindestens 30 % der Mitglieder dies unter Angabe des Grundes und des Zwecks schriftlich verlangen.
- (2) Das Präsidium beruft die Mitgliederversammlung durch schriftliche oder per E-Mail versandte Einladung unter Angabe der Tagesordnung sowie von Tag, Ort und Uhrzeit der Mitgliederversammlung ein. Die Einladung ergeht jeweils an die letzte der Geschäftsstelle bekannte Anschrift des Mitgliedes und muss mindestens drei Wochen, bei außerordentlichen Mitgliederversammlungen mindestens eine Woche vor dem Tag der Versammlung versandt werden.

Das Präsidium bestimmt die Tagesordnung; jedes Mitglied kann ihre Ergänzung bis spätestens eine Woche, bei außerordentlichen Mitgliederversammlungen spätestens drei Tage vor der Versammlung bei dem Präsidium beantragen. Ob das Präsidium dem Verlangen entspricht, liegt in seinem pflichtgemäßen Ermessen. Es muss dem Verlangen entsprechen, wenn es von einem Zehntel der Vereinsmitglieder unterstützt wird. Durch

Beschluss der Mitgliederversammlung kann die Tagesordnung geändert oder ergänzt werden.

- (3) Zu Beginn der Mitgliederversammlung wird auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Versammlungsleiter und ein Schriftführer gewählt.
- (4) Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht diese Satzung oder das Gesetz etwas anderes bestimmen. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Blockabstimmungen, z.B. bei Wahl oder Entlastung von Vorstandsmitgliedern sind zulässig, soweit kein Teilnehmer Einwände dagegen erhebt.
- (5) Über die Art der Abstimmung entscheidet der Leiter der Mitgliederversammlung. In der Regel wird offen abgestimmt. Fordert mindestens ein Drittel der anwesenden oder vertretenen Mitglieder geheime Abstimmung, so ist dieser Forderung zu entsprechen.
- (6) Jedes Mitglied kann sich in der Mitgliederversammlung aufgrund einer schriftlichen Vollmacht durch ein anderes Mitglied vertreten lassen. Dies gilt auch für Stimmabgaben.
- (7) Über den Verlauf der Mitgliederversammlung ist ein Ergebnisprotokoll zu fertigen, das vom Leiter der Mitgliederversammlung und vom Schriftführer zu unterschreiben ist. Es muss enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, Namen des Versammlungsleiters und des Schriftführers, Zahl der erschienenen Mitglieder, Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung, die Tagesordnung, die gestellten Anträge, das Abstimmungsergebnis und die Art der Abstimmung. Das Protokoll ist jedem Mitglied in Kopie zuzusenden.
- (8) Außerhalb von Mitgliederversammlungen können Beschlüsse dadurch gefasst werden, dass mindestens zwei Drittel der Mitglieder schriftlich oder per E-Mail dem Beschluss zustimmen. Beschlussanträge kann nur der Vorstand stellen. Sie sind den Mitgliedern schriftlich oder per E-Mail zuzusenden. Das Präsidium kann eine angemessene Frist setzen, innerhalb derer die Stimmabgaben bei dem Verein eingegangen sein müssen. Zusammen mit der Aufforderung zur schriftlichen Stimmabgabe ist darauf hinzuweisen, dass die satzungsmäßigen Voraussetzungen für dieses Verfahren gegeben sind.

§ 7 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über:
- a. Wahl des Vorsitzenden und der Stellvertreter nach Maßgabe des § 9 Abs. 1 und 2 sowie die Entlastung sämtlicher Vorstandsmitglieder;
 - b. Genehmigung der Planungsrechnung für das folgende Geschäftsjahr;
 - c. Satzungsänderungen;
 - d. die Ausschließung eines Mitgliedes nach Maßgabe des § 3 Abs. 6 b);
 - e. die Auflösung des Vereins und die Verwendung seines Vermögens.

Die Mitgliederversammlung beschließt außerdem über alle weiteren Gegenstände, die ihr in dieser Satzung oder durch Gesetz ausdrücklich zugewiesen sind.

- (2) Folgende Rechtsgeschäfte bedürfen der Zustimmung der Mitgliederversammlung:
- a. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
 - b. Aufnahme von Darlehen zu einem Betrag von mehr als Euro 15.000 im Einzelfall;
 - c. freiwillige Zuwendungen, Hingabe von Darlehen und der Verzicht auf Forderungen in einem Betrag von mehr als Euro 2.000 im Einzelfall;
 - d. alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Vereins hinausgehen, Angelegenheiten von besonderer Bedeutung sowie sonstige außergewöhnliche, insbesondere mit hohem Risiko verbundene Maßnahmen.

§ 8 Präsidium und Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Präsidium (nachfolgend § 9) und den berufenen Vorstandsmitgliedern (nachfolgend Abs. 2). Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins, er hat diejenigen Verwaltungsaufgaben zu erledigen, die durch die Satzung nicht ausdrücklich der Mitgliederversammlung zugewiesen sind. Die Führung der laufenden Geschäfte obliegt dem Präsidium, das von dem Geschäftsführer des Vereins, sofern ein Geschäftsführer gemäß § 11 ernannt ist, beraten und unterstützt wird.
- (2) Das Präsidium beruft weitere Vorstandsmitglieder für eine Dauer von zwei Jahren in den Vorstand. Die berufenen Vorstandsmitglieder sind üblicherweise in den Fachbereichen oder Arbeitskreisen engagierte Persönlichkeiten. Sie können durch das Präsidium jederzeit wieder abberufen und ggf. durch andere Persönlichkeiten ersetzt werden. Berufene Vorstandsmitglieder können nur ordentliche Mitglieder des Vereins sowie Vertreter oder Mitarbeiter von ordentlichen Mitgliedern sein.
- (3) Vorstand i.S.d. § 26 BGB sind die gewählten Präsidiumsmitglieder. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich jeweils einzeln. Jedes Präsidiumsmitglied kann durch die Mitgliederversammlung im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (4) Die Vorstandsmitglieder erhalten einen Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen. Die Mitgliederversammlung kann eine pauschale Vergütung für die Vorstandsmitglieder beschließen.

§ 9 Präsidium

- (1) Das Präsidium besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstands und bis zu drei Stellvertretern (Präsidiumsmitglieder).
- (2) Die Wahl der Präsidiumsmitglieder erfolgt durch die Mitgliederversammlung jeweils für die Dauer von zwei Jahren. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Tätigkeit als Vorsitzender ist auf höchstens drei Amtszeiten beschränkt.
- (3) Nach Ablauf der Amtszeit bleiben die Mitglieder des Präsidiums bis zur Neuwahl oder Neubestellung im Amt. Die verbleibenden Präsidiumsmitglieder können im Falle des

vorzeitigen Ausscheidens eines Präsidiumsmitgliedes aus dem Amt für die restliche Amtszeit ein Ersatzmitglied bestellen.

- (4) In den Verantwortungsbereich des Präsidiums fallen insbesondere:
- a. die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen, insbesondere die Aufstellung und Ergänzung der Tagesordnung, sowie die Einberufung der Mitgliederversammlungen;
 - b. die Beschlussfassung über die Einberufung von außerordentlichen Mitgliederversammlungen;
 - c. die Buchführung;
 - d. die Erstellung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;
 - e. die Prüfung der Rechtswirksamkeit der Beschlüsse der Mitgliederversammlung sowie die Ausführung der Beschlüsse;
 - f. die Übermittlung von satzungsändernden Beschlüssen an das Registergericht;
 - g. die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens;
 - h. die Ein- und Austragung von Mitgliedern im Mitgliederverzeichnis, der Ausschluss von Mitgliedern gemäß § 3 Abs. 6 c) dieser Satzung;
 - i. der Abschluss und die Beendigung von Verträgen mit Angestellten des Vereins sowie deren Beaufsichtigung;
 - j. die Öffentlichkeitsarbeit des Vereines.

§ 10 Innere Ordnung des Vorstandes

- (1) Sitzungen des Vorstandes werden durch den Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung durch einen Stellvertreter einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern. Sie sollten in der Regel einmal im Kalendervierteljahr einberufen werden. Sie müssen einberufen werden, falls ein Mitglied des Präsidiums, des Vorstandes oder die Geschäftsführung die Einberufung verlangt. Sitzungen des Präsidiums finden in der Regel monatlich statt. Sitzungen können auch telefonisch bzw. elektronisch (z.B. als Teams-Meeting) stattfinden.

- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder, darunter mindestens zwei Präsidiumsmitglieder, anwesend sind.
- (3) Beschlüsse des Vorstandes können auch außerhalb von Sitzungen schriftlich, telefonisch oder per E-Mail gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder mit dieser Art der Beschlussfassung einverstanden sind oder sich an der Beschlussfassung beteiligen.
- (4) Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern sich nicht aus dieser Satzung oder dem Gesetz etwas anderes ergibt. Das Präsidium hat ein Vetorecht gegen Beschlüsse des Vorstands, die gegen die Mehrheit der Präsidiumsmitglieder gefasst werden. Übt das Präsidium das Vetorecht aus, ist der Beschluss der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Bei Gefahr in Verzug, entscheidet das Präsidium und legt den Beschluss im Nachhinein der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vor.
- (5) Über den wesentlichen Inhalt der Vorstandssitzungen und über die außerhalb der Sitzungen gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll anzufertigen. Es muss insbesondere Ort und Tag der Sitzung, die Namen der Teilnehmer, evtl. Entschuldigungen, die Gegenstände der Beratung, die gefassten Beschlüsse und die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse bei den Beschlussfassungen enthalten. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit durch ein anderes Präsidiumsmitglied zu unterzeichnen und in Kopie allen Vorstandsmitgliedern und dem Geschäftsführer unverzüglich zuzuleiten.
- (6) Die Regelungen dieses § 10 gelten für Sitzungen des Präsidiums entsprechend.
- (7) Der Vorstand kann eine Rahmengesäftsordnung zur Arbeit des Vorstands, des Beirats, der Fachbereiche und der Arbeitskreise erlassen.

§ 11 Geschäftsführung

- (1) Der Vorstand kann einen hauptamtlichen Geschäftsführer ernennen, der nicht Mitglied des Vereins sein muss. Ist ein Geschäftsführer ernannt, gelten für ihn die nachfolgenden Regelungen.

- (2) Der Geschäftsführer nimmt auch dann an den Mitgliederversammlungen teil, wenn er nicht Vereinsmitglied ist.
- (3) Der Geschäftsführer nimmt an Präsidiums- und Vorstandssitzungen mit beratender Funktion teil. Er hat kein Stimmrecht. Durch Vorstandsbeschluss kann der Geschäftsführer im Einzelfall von der Teilnahme ausgeschlossen werden.
- (4) Der Geschäftsführer hat die Beschlüsse des Präsidiums und des Vorstandes vorzubereiten und durchzuführen.
- (5) Dem Geschäftsführer werden die Geschäfte der laufenden Verwaltung übertragen. Ihm wird durch das Präsidium Vollmacht erteilt, den Verein in bestimmtem Umfang nach außen zu vertreten. Näheres wird in einer Geschäftsordnung für den Geschäftsführer geregelt, die das Präsidium erlässt.
- (6) Mit dem Geschäftsführer wird ein Anstellungsvertrag abgeschlossen.

§ 12 Beirat

- (1) Der Beirat berät den Vorstand. Er hat die Aufgabe, die Interessen des Vereins und seiner Mitglieder zu repräsentieren, insbesondere in der Öffentlichkeit und gegenüber politischen Entscheidungsträgern. Der Beirat fördert die Zwecke des Vereins nach besten Kräften. Hierbei handelt der Beirat stets in enger Abstimmung mit dem Vorstand.
- (2) Die Mitglieder des Beirates müssen nicht Vereinsmitglieder oder Mitarbeiter von Vereinsmitgliedern sein. Sie werden durch den Vorstand berufen und abberufen. Die Mitgliederversammlung kann Vorschläge zur Besetzung des Beirates machen. Zu Beiratsmitgliedern sollen nur solche Personen berufen werden, die aufgrund ihrer persönlichen Qualifikation, insbesondere ihrer Verbindungen, Kenntnisse oder Erfahrungen, die Gewähr dafür bieten, die Interessen des Vereins und seiner Mitglieder bestmöglich vertreten zu können.
- (3) Die Beiratsmitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Alle Beiräte können auf Einladung an den Sitzungen des Präsidiums und des Vorstandes mit beratender Funktion teilnehmen.

- (4) Die Mitglieder des Präsidiums, des Vorstandes und der Geschäftsführer können an den Beiratssitzungen mit beratender Funktion teilnehmen.

§ 13 Fachbereiche und Arbeitskreise

- (1) Durch den Vorstand können Fachbereiche und Arbeitskreise des Vereins eingerichtet werden.
- (2) Die Fachbereichs- und Arbeitskreismitglieder müssen Mitglieder des Vereins oder Mitarbeiter eines Vereinsmitglieds sein.
- (3) Im Einzelfall können mit Zustimmung des Fachbereichsleiters Persönlichkeiten zur Mitarbeit in Arbeitskreisen zugelassen werden, die nicht Mitglied des Vereins oder Mitarbeiter von Vereinsmitgliedern sind.

§14 Satzungsänderungen

Beschlüsse über Satzungsänderungen bedürfen einer Zustimmung von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen. Sie sind in notariell beglaubigter Form zur Eintragung in das Vereinsregister anzumelden.

§ 15 Auflösung

Die Auflösung des Vereines kann nur die Mitgliederversammlung mit Zustimmung von mindestens 75 % der Mitglieder beschließen.

§ 16 Ermächtigung des Vorstandes

Der Vorstand wird ermächtigt, diese Satzung zu ergänzen oder abzuändern, sofern vom Registerrichter Teile der Satzung beanstandet werden. Diese Ermächtigung erfasst nur die zur Behebung der Beanstandungen erforderlichen Änderungen und Ergänzungen.

§ 17 Tag der Errichtung

Tag der Errichtung des Vereines ist der: 19.12.2000
Letzte Satzungsänderung am: 03.11.2022

*Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Satzung auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher, männlicher oder diverser Sprachformen verzichtet und das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen geschlechterunabhängig.